

**Bürgerkomitee Leipzig e.V.**

für die Auflösung der ehemaligen  
Staatssicherheit (MfS)



**Träger der Gedenkstätte**

Museum in der „Runden Ecke“ mit  
dem Museum im Stasi-Bunker

Dittrichring 24 · 04109 Leipzig  
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig  
Tel.: 0341 / 9 61 24 43  
Fax: 0341 / 9 61 24 99  
Internet: [www.runde-ecke-leipzig.de](http://www.runde-ecke-leipzig.de)  
E-mail: [mail@runde-ecke-leipzig.de](mailto:mail@runde-ecke-leipzig.de)

## **RESÜMEE**

Leipzig, den 06.12.2004

Unser Zeichen: resümee fachtagung

### **Fachtagung "Auflösung der DDR-Staatssicherheit 1989/90" in der "Runden Ecke" am 3.- 5. Dezember 2004**

War die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR in Wahrheit eine Beschäftigungstherapie für Oppositionelle und Bürgerrechtler? Opferte die Staatspartei SED eine ihrer wichtigsten Machtstützen, um selbst unbehelligt zu bleiben? Provokante Fragen wurden vom 03. – 05.12.2004 in Leipzig in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ aufgeworfen. 200 Akteure der Jahre 1989/90 sowie Historiker und Journalisten aus der gesamten Bundesrepublik waren hier zu der Tagung „Auflösung der DDR-Staatssicherheit 1989/90 – Ein zentrales Ereignis der Friedlichen Revolution“ zusammengetroffen. Eingeladen hatten die Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und das Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Vor 15 Jahren hatten engagierte Bürger überall in der DDR die Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit besetzt. Sie schlossen sich zu Bürgerkomitees zusammen, die innerhalb weniger Tage die Arbeit des scheinbar allmächtigen Apparates lahm legten und begannen, ihn aufzulösen. Dieser Akt, so waren sich die Teilnehmer der Tagung einig, zählt zu den zentralen Ereignissen der Friedlichen Revolution und war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beseitigung der kommunistischen Diktatur in der DDR. Doch wie selbstbestimmt konnten die Bürgerkomitees arbeiten, welche Ziele verfolgten sie und wie einig waren sie sich in zentralen Fragen, wie etwa der nach der Aktenvernichtung?

Um diese Fragen zu beantworten, rückten zunächst die Ereignisse auf regionaler Ebene in den Mittelpunkt der Tagung. 15 Referenten hatten im Vorfeld ausführlich geforscht, um die Besetzung und Auflösung in den einzelnen Bezirken der DDR zu rekonstruieren. Am Sonnabend stellten sie ihre Ergebnisse den Tagungsteilnehmern vor. Wie dabei deutlich wurde, sind die lokalen Geschehnisse bisher weit weniger gut dokumentiert, als angenommen. Die Vorträge waren somit auch Anstoß, künftig weiter zum Thema zu recherchieren und Forschungslücken zu schließen.

In vier Arbeitsgruppen debattierten die Teilnehmer am Abschlusstag über spezielle Aspekte des Auflösungsprozesses. Dabei stießen sie auf augenfällige Parallelen zwischen den einzelnen Bezirken, wie etwa der, dass die Mitglieder der Bürgerkomitees häufig im Vorfeld bereits oppositionellen Gruppen angehört hatten bzw. aus dem kirchlichen und universitären Raum kamen. Wichtig für die dauerhafte Legitimation und die Akzeptanz der Komitees in der Bevölkerung war dann in erster Linie die Frage, wie diese sich an die ständig veränderte politische Situation anpassen konnten.

Obwohl die Bürgerkomitees rasch versuchten, sich auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm zu einigen, vertraten sie doch in zentralen Fragen auch gegensätzliche Meinungen. Wichtigster Streitpunkt dürfte der Umgang mit den Stasi-Akten gewesen sein. Während etwa in Berlin und Leipzig für den vollständigen Erhalt und vor allem die Offenlegung der Dokumente gestritten wurde, entwickelten die Schweriner Akteure sogar ein Konzept für die Aktenvernichtung. Grund für diese regionalen Unterschiede, so stellten die Tagungsteilnehmer fest, waren nicht zuletzt die – teilweise erfolgreichen – Versuche von Staatsanwälten, Regierungsbeauftragten und MfS-Offizieren, den Auflösungsprozess in ihrem Sinn zu steuern.

Viele Fragen konnten während der Tagung nur angerissen und nicht abschließend beantwortet werden. Gerade diese eignen sich jedoch als Ausgangspunkt für anknüpfende Forschungen zu den vielschichtigen Hintergründen des Auflösungsprozesses, die wir bisher offenbar nur teilweise kennen.

Die gerade bekannt gewordene Verlegung der BStU in die Zuständigkeit der Beauftragten des Bundes für Kultur und Neue Medien, Christina Weiß, war ein der zentralen Streitfragen der Abschlussdiskussion „Freiheit für meine Akte! Das schwierige Erbe der Staatssicherheit“. Der Publizist Konrad Weiß, der Historiker und BStU-Mitarbeiter Dr. Ehrhard Neubert, der Politikwissenschaftler Prof. Uwe Thaysen und der Bürgerrechtler Matthias Büchner schätzten diese überraschende Entscheidung des Bundesinnenministers übereinstimmend als fragwürdig ein. Besonders monierten sie, dass der Bundestag nicht eingezogen worden war, obwohl dieser zuständig gewesen wäre. Die Debatte moderierte Stefan Detjen, Redakteur des Deutschlandfunks. Der Sender überträgt Auszüge aus der Diskussion am Mittwoch, dem 29.12.2004, 19.15 Uhr.